

Asien aktuell

Die 20. Parlamentswahlen in Südkorea 2016

Hannes B. Mosler

Summary

The results of the 2016 general elections in South Korea were of surprise to most observers. Contrary to the expectation that the conservative ruling party, New Frontier Party (NFP), of President Park Geun Hye would again win the supermajority in parliament, it was in fact the main opposition party, the liberal Together Democratic Party (TDP), that won — beating the NFP by one seat, and in the process becoming the new majority party with 123 MPs in the 300 seat-strong national assembly. It is obvious that the voters did not suddenly favor the fairly incompetent TDP, but rather that the Korean people taught their government a lesson and showed through their voting their discontent with President Park's way of handling state affairs. In addition the very recently established Citizens' Party (CP), led by self-made IT businessman Ahn Cheol Soo, won 38 seats, and will now form an independent negotiation group in the national chamber. The CP markets itself as a moderate and rational conservative party. Its success is the result of voters' discontent with the TDP's shift to the right due to the recruitment as party leader of Kim Chong In, who previously worked for several of the country's authoritarian governments; regionalistic sentiment in the Honam region also translated into altered voting behavior. However it remains to be seen, at least until the upcoming presidential election in 2017, whether this constellation of a divided government will indeed continue or not.

Keywords: South Korea, 20th general elections 2016, ruling party's defeat, divided government, inner party conflict, three party system, regionalism, lame duck, presidential election 2017

Hannes B. Mosler ist Juniorprofessor an der Graduate School of East Asian Studies und dem Institut für Koreastudien der Freien Universität Berlin. Zu seinen (vergleichenden) Forschungsschwerpunkten zählen politische und soziale Fragen des modernen Koreas, politische Parteien, politisches System und Verfassungsgerichtsbarkeit. In einem seiner aktuellen vergleichenden Kooperationsprojekte beschäftigt er sich mit Protestformen in ostasiatischen Parlamenten.

Einleitung

Wider Erwarten hat die regierende rechtskonservative Neue Welt Partei (NWP) die 20. Parlamentswahl am 13. April 2016 verloren und sogar ihre bisherige Mehrheit in der Nationalversammlung eingebüßt. Die Nationalversammlung Südkoreas (hier-nach: Korea) wird alle vier Jahre gewählt. Der einfallslosen und innerlich zerstrittenen Oppositionspartei Gemeinsame Demokratische Partei (GDP) gelang ein Überraschungssieg, der jedoch mehr als Denkmahl an die Regierung gewertet wird denn als tatsächlicher Zuspriech. Die Partei der Bürger (BP), die sich kurz vor der Wahl von der GDP abgespalten hatte, konnte aus dem Stand eine Partei mit Fraktionsstärke auf die Beine stellen, was sowohl als kritisches Votum gegenüber den etablierten Parteien als auch als Effekt regionalistischen Wahlverhaltens verstanden werden kann. Die starken innerparteilichen Konflikte und das Wiederaufkommen eines Zweieinhalb- bzw. Dreiparteiensystems erklären sich vor allem durch die im kommenden Jahr stattfindenden Präsidentschaftswahlen, für die sich potentielle Anwärter auf das höchste Amt im Staate in Position zu bringen versuchen.

Hintergrund der Parteien

Noch nie zuvor haben in Korea so viele Parteien an einer Parlamentswahl teilgenommen. Insgesamt stellten sich am 13. April 25 Parteien zur Wahl, doch nur vier Parteien hatten eine realistische Chance, tatsächlich Abgeordnete ins Parlament zu schicken – die regierende NWP, von der im Vorfeld allseits erwartet wurde, erneut die absolute Mehrheit der Sitze der Nationalversammlung zu gewinnen, die oppositionelle GDP, die kurz vor den Wahlen von ehemaligen Abgeordneten der GDP gegründete BP und die progressive Gerechtigkeitspartei (GP).

Die Wurzeln der regierenden NWP gehen zurück auf die Regime-Parteien vergangener Militärdiktaturen, auch wenn es nach der Demokratisierung mehrere Vermischungen mit Teilen liberaler bzw. oppositioneller Parteien gegeben hatte.¹ Die NWP verfolgt eine Art rechtskonservative Politik, die in ihrem Kern eine grundsätzlich feindliche Position gegenüber Nordkorea einnimmt, US-freundlich und zum Großteil um den Vorteil der Großkonglomerate sowie der freien Marktwirtschaft bemüht ist. Wie bei den übrigen Parteien ändert sich das innerparteiliche Machtverhältnis je nachdem, welcher Faktionsführer ins Präsidentenamt gebracht werden konnte. Seit der Amtsübernahme Park Geun Hyes 2013 hat entsprechend die Pro-Park-Fraktion wichtige Posten inne und bestimmt maßgeblich die Geschehnisse in der

1 Der deutlichste Fall war der Dreiparteienzusammenschluss 1990, als die Regierungspartei des ehemaligen Militärs und späteren Präsidenten Roh Tae Woo (1988–1993) mit der Demokratischen Republikanischen Partei Kim Jong Pils, der ehemaligen rechten Hand des Militärdiktators Park Chung Hee (1961–1979), und der liberalen Partei für Frieden und Wiedervereinigung unter Kim Young Sam (1993–1998), der aus dem Lager der Demokratisierungsbewegung stammte.

Partei – einschließlich der Aufstellung von Kandidaten bei Parlamentswahlen und regionalen Wahlen.

Die oppositionelle GDP geht zurück auf die Linie der verschiedenen Demokratischen Parteien, die es seit den 1960er Jahren gegeben hatte, und steht damit in der Tradition der Oppositionsparteien, die sich gegen die verschiedenen Militärdiktaturen und für Demokratisierung einsetzten. Sie stellten bisher nur zwei Mal den Präsidenten, und zwar Kim Dae Jung (1998–2003) und Roh Moo Hyun (2003–2008). Seit der Parlamentswahl 2008 jedoch war die liberale GDP nicht mehr in der Lage gewesen, überzeugende Politikalternativen anzubieten. Innerlich war sie vor allem durch die Flügelkämpfe zwischen der alten Hauptfraktion und der Fraktion um den ehemaligen Präsidenten Roh Moo Hyun ähnlich zerstritten wie die NWP. Der jahrelange enge Berater Rohs, Moon Jae In, war noch bei der Präsidentschaftswahl 2012 gegen Park Geun Hye (2013–2018) angetreten, konnte jedoch nicht überzeugen. Die GDP betont ihre aktive und ergebnisfördernde Nordkorea-Politik, die sich unter Präsident Kim Dae Jung in Form der Sonnenscheinpolitik gezeigt und auch während der Amtszeit Roh Moo Hyuns in Entspannung und Dialog auf der Halbinsel niedergeschlagen hatte.

Die BP wurde erst Anfang Februar 2016 von Ahn Cheol Soo gegründet, der zwei Jahre zuvor in der Folge eines innerparteilichen Konflikts mit dem damaligen Parteiführer Moon Jae In aus der GDP ausgetreten war. Ahn, der als *self-made man* der IT-Branche erst spät von außen in die Politik gekommen war, trat bei den Präsidentschaftswahlen 2012 als ein Kandidat der Opposition an, ließ jedoch schließlich Moon Jae In den Vortritt. Die BP stellt sich als moderne, fortschrittliche Partei mit kritischen Positionen und im Vergleich zu den beiden großen etablierten Parteien als rational-konservative Partei auf, womit sie sich von der „alten Politik“ abzugrenzen und die Wähler der moderaten Mitte anzusprechen versucht.

Die GP ist die einzige links-progressive Partei im Parlament, die Politikalternativen links der Mitte versucht durchzusetzen. Sie hatte sich 2012 nach parteiinternen Auseinandersetzungen mit dem radikalen Flügel von der Vereinten Progressiven Partei (VPP), die 2015 vom Verfassungsgericht verboten wurde, abgespalten (Mosler 2016). Ihre Vorgängerpartei war die Demokratische Arbeiterpartei (DAP), die 2000 hauptsächlich mit der Unterstützung des Gewerkschaftsdachverbandes KCTU gegründet worden war und bei den Parlamentswahlen 2004 zum ersten Mal mit zehn Sitzen ins Parlament einzog.

Wahlsystem

Nach dem aktuellen Wahlrecht können bei der Parlamentswahl südkoreanische Staatsbürgerinnen und -bürger, die 19 Jahre oder älter sind, wählen (aktives Wahlrecht) und solche, die 25 Jahre oder älter sind, sich für ein Abgeordnetenmandat wählen lassen (passives Wahlrecht). Seit der jüngsten Gesetzesreform vom März 2016 werden 253 der 300 Sitze der Nationalversammlung durch Wahlen in Einper-

sonenwahlkreisen ermittelt, während 47 Sitze nach Anteilen der Zweitstimmen vergeben werden. Das Verfassungsgericht hatte 2014 entschieden, dass kein Wahlkreis doppelt so viele Bewohner haben dürfe wie ein anderer, da sonst das Grundprinzip, dass jede Stimme das gleiche Gewicht hat, verletzt würde. Diese Entscheidung hatte zur Folge, dass die Anzahl der Wahlkreise erhöht und die Grenzen einiger Wahlkreise neu gezogen werden mussten. In diesem Zusammenhang stellte sich die Frage, ob die Gesamtzahl der Parlamentssitze, die im internationalen Vergleich im Verhältnis zur Bevölkerung ohnehin gering ist, erhöht werden oder, ob man sie gleich lassen und stattdessen die Zahl der Plätze, die durch die Verhältniswahl (Zweitstimme) vergeben werden, reduzieren sollte. Man entschied sich schließlich für die zweite Option, weshalb bei den diesmaligen Wahlen mit 47 anstatt 54 Sitzen sieben Listenplätze weniger vergeben wurden als noch 2012 oder 2008. Vor dem Hintergrund, dass bereits zuvor der Anteil der Listenplätze absolut sowie im internationalen Vergleich gering war, ist diese Entscheidung von Kritikern bedauert worden. Das Verhältniswahlrecht wurde in Südkorea 2004 zum ersten Mal bei Parlamentswahlen angewendet, nachdem das Verfassungsgericht 2001 entschieden hatte, dass die Errechnung von Listenplätzen und Siegern in Wahlkreisen mit ein und derselben Stimme gegen die Verfassung verstoße. Des Weiteren müssen die Parteien seit der Reform von 2005 bei Parlamentswahlen jeden zweiten Platz auf der Parteiliste mit einer Frau besetzen, angefangen mit dem ersten Platz. Schließlich wurde 2004 die Organisation der Parteiarbeit auf der Ebene von Wahlkreisen gesetzlich verboten, um der seit Jahrzehnten blühenden Korruption Einhalt zu gebieten. Damit schüttete man jedoch das Kind mit dem Bade aus und verhinderte, dass sich eine reelle Basisdemokratie in den Parteien entwickeln konnte, die entscheidend für die Aufstellung der KandidatInnen ist. Das Prozedere der Kandidatenaufstellung ist in Korea von jeher durch eine Top-Down-Methode der Parteiführung geprägt, die so gut wie kein Mitspracherecht der Parteibasis erlaubt.

Wahlkampf

In diesem Wahlkampf waren die Programminhalte der Parteien noch unwichtiger als schon zuvor. Die Wahlprogramme zählten zwischen 70 und 700 Seiten, doch in der Essenz unterschieden sich die Inhalte der drei großen Parteien nicht wesentlich. Der NWP ging es erklärtermaßen vorrangig um die Schaffung von Arbeitsplätzen, bezahlbaren Wohnraum und Steuererleichterungen für Selbstständige; die GDP legte den Fokus auf soziale Wohlfahrtspolitik, Wirtschaftsdemokratie und Frieden auf der koreanischen Halbinsel; bei der BP und der GP kommt noch die Forderung nach politischen Reformen explizit hinzu. Da sich die Parteien zumindest im Groben einig zu sein schienen, entfachten sich Auseinandersetzungen zwischen den Parteien um mit politischer Bedeutung aufgeladenen Themen. So stritt man noch kurz vor der Wahl um die Frage, wie die Grenzen der Wahlkreise neu zu ziehen seien und ob man die Listenplätze reduzieren oder die Gesamtzahl der Parlamentssitze erhöhen sollte, um der Entscheidung des Verfassungsgerichts (s. o.) gerecht zu werden. Die

rechtskonservative NWP rechnete sich aus, dass es für sie vorteilhafter wäre, weniger Listenplätze zu haben, weil sie erfolgreicher in den Wahlkreisen ist. Die Opposition fordert seit Langem eine Aufstockung der Listenplätze, um ihre Chancen zu erhöhen und dem Prinzip der Verhältniswahl gerecht zu werden. Außerdem stritt man sich u. a. über Gesetzesentwürfe der Regierung zum Arbeitsgesetz, zum Dienstleistungsgesetz und schließlich über den plötzlichen Entschluss der Park-Regierung, ein Anti-Terror-Gesetz zu verabschieden. Die Opposition bestritt zwischenzeitlich einen neun Tage dauernden Redemarathon (*filibuster*), um die Vorstöße der absoluten Mehrheit der Regierungspartei im Parlament trotz ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit mit neuerdings wieder erlaubten Mitteln zu stoppen. Doch die Parteiführung der GDP bestimmte plötzlich, den *filibuster* einzustellen, weil sonst noch ausstehende Entscheidungen wie die Neufestlegung der Wahlbezirksgrenzen nicht mehr rechtzeitig vor der Wahl entschieden und umgesetzt werden konnten, was sie die Gunst der Wähler kosten könnte. Das führte letztlich dazu, dass die stark umstrittenen Gesetzesvorschläge der Regierung durchgebracht wurden, ohne dass die Opposition noch korrigierend eingreifen konnte.

Parallel trug man innerhalb der Parteien Konflikte darüber aus, nach welchem Modus die Kandidaten ausgewählt werden sollten. Seit der Demokratisierung Ende der 1980er Jahre war man bei der Aufstellung der KandidatInnen den kontinuierlichen Forderungen nach Transparenz und Partizipation nachgekommen. Das generelle Prozedere, das bei fast allen wichtigen Parteien gleich ist, ähnelt dem Prinzip der *open primary* der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl. Wer als Kandidat für die Partei zur Aufstellung kommt, wird neben Parteimitgliedern zu einem gewissen Anteil von einfachen BürgerInnen mitentschieden. In den meisten Fällen wird die öffentliche Meinung durch Telefonumfragen nach dem Zufallsprinzip eingeholt. Der entscheidende Schwachpunkt aller Nominierungsmethoden jedoch ist, dass ein parteiinterner Ausschuss zunächst darüber entscheidet, welche KandidatInnen überhaupt zur innerparteilichen Vorwahl antreten sollen. Denn in den meisten Ausschüssen haben letztlich doch wieder Mitglieder der zentralen Parteiführung das letzte Wort. Häufig haben Parteien absichtlich Personen von außerhalb der Partei oder sogar außerhalb der Politik als Ausschussmitglieder angeworben, um sich den Anschein zu geben, ein objektives Gremium zu bilden. Doch bisher scheiterte der Versuch, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass in diesem Ausschuss, der wie ein *gate keeper* fungiert, ein faires und neutrales Verfahren gewährleistet sei.

Lediglich den Vorwahlen der Parlamentswahl 2004 sagt man nach, einen gewissen Fortschritt in dieser Hinsicht markiert zu haben. Danach ist man schnell wieder in alte Muster zurückgefallen. Dies war deutlich bei der Parlamentswahl 2008 zu beobachten, als viele der KandidatInnen, die im parteiinternen Auswahlverfahren der Großen Nationalpartei (Vorgängerpartei der NWP) offensichtlich wegen ihrer Nähe zu Park Geun Hye durchgefallen waren, aus der Partei austraten und als Mitglieder der Partei mit dem vielsagenden Namen Pro-Park-Allianz (PPA; *Ch'inbakyönda*) doch noch an der Parlamentswahl teilnahmen und zum großen Teil

ins Parlament einzogen. Einige Zeit danach schloss sich die PPA wieder mit der GNP zusammen. Hintergrund war der parteiinterne Konflikt zwischen den Lagern Park Geun Hyes und Lee Myung Baks. Da kurz zuvor Ende 2007 Lee Myung Bak die Präsidentschaftswahl gewonnen und somit die Führungsmacht in der Partei übernommen hatte, fielen die Park nahestehenden Bewerber im Selektionsprozess durch.

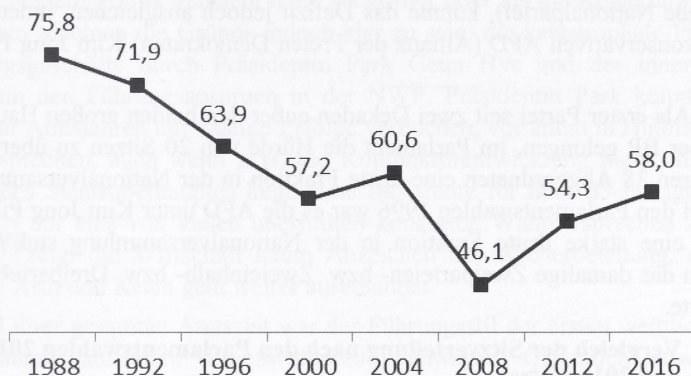
Ähnliche Prozesse innerparteilicher Konflikte spielten sich auch in der GDP und BP ab. In der GDP führte der parteiinterne Machtkampf im Vorfeld der Parlamentswahl, aber auch gleichzeitig in der Perspektive auf die Präsidentschaftswahl 2017, dazu, dass im Machtkonflikt mit Abgeordneten und Kadern, denen man eine Nähe zum verstorbenen Präsidenten Roh Moo Hyun nachsagte, eine ganze Reihe von Abgeordneten und Mitgliedern austrat und später in die BP wechselte. Zwei Jahre zuvor bereits war Moon Jae In, einer der engsten Vertrauten des ehemaligen Präsidenten Roh Moo Hyuns, im Zuge der Auseinandersetzung mit Ahn Cheol Soo, vom Parteivorsitz zurückgetreten und Kim Chong In als Vorsitzender eingesetzt worden – eine heikle Personalentscheidung. Kim begann seine politische Karriere früh als Berater Park Chung Hees, diente in den 1980er Jahren als Mitglied der provisorischen Legislative der Militärjunta Chun Doo Hwans, der u.a. für das Kwangju-Massaker 1980 verantwortlich war, und saß seitdem auch als Abgeordneter der damaligen Regimepartei Demokratische Gerechtigkeitspartei (DGP) und später der rechtskonservativen Regierungspartei Demokratie Freiheitspartei (DFP) im Parlament. Auch unter der autoritären Regierung Roh Tae Woos bekleidete Kim führende Positionen. Vor der Präsidentschaftswahl 2012 wurde er schließlich zum Leiter des Wahlkampfteams Park Geun Hyes ernannt und verhalf ihr zum Sieg. Für die gleiche Aufgabe hatte die GDP Kim vor den Wahlen 2016 angeheuert – mit Erfolg.

Wahlergebnisse

Insgesamt waren am 13. April 2016 etwas mehr als 42 Millionen Wählerinnen und Wähler aufgerufen, ihre Stimme abzugeben, doch nur 58,0% gingen zur Wahl. Im Rückblick jedoch ist dies durchaus eine Steigerung, berücksichtigt man, dass die Wahlbeteiligung bei den vergangenen Wahlen mit 54,2% (2012) und 46,1% (2008) teilweise deutlich darunterlagen (siehe Grafik 1). Ein Faktor, der bei der Zunahme der Wahlbeteiligung eine Rolle gespielt haben wird, ist die deutlich stärkere Wahlbeteiligung junger Menschen. Im Vergleich zur Wahl 2012 stieg der Anteil von Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 20 und 39 Jahren um rund 10%, während die Wahlbeteiligung anderer Altersgruppen nahezu gleich blieb (Kim und Ko 2016). Diese Veränderung hatte sich schon vor den Wahlen in Umfragen der Nationalen Wahlkommission (NEC) angekündigt, in denen diese Altersgruppe im Durchschnitt zu fast 60% angegeben hatte, wählen gehen zu wollen. Vier Jahre zuvor lag der Durchschnitt noch bei nur knapp 40% (Kim und Hö 2016). Wahrscheinliche Erklärungen für die höhere Beteiligung der jungen Bevölkerung sind die

zunehmende Arbeitslosigkeit junger Menschen und eine allgemeine negative Perspektive dieser Generation sowie unzureichende Gegenmaßnahmen seitens der Regierung.

Grafik 1: Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen, 1988-2016 (%)



Quelle: Nationale Wahlkommission (www.nec.go.kr); eigene Darstellung

Die GDP hat insgesamt die meisten WählerInnen hinter sich bringen können und stellt mit 123 Abgeordneten die größte Fraktion im 300 Sitze zählenden Parlament (siehe Tabelle). Die regierende NWP erhielt 122 Sitze, darauf folgen die BP mit 38 und die GP mit sechs Sitzen. Direkt nach der Wahl gab es elf Parteilose, von denen fast alle kurz zuvor aus einer der beiden Hauptparteien ausgetreten waren. Die meisten der insgesamt 47 Sitze, die mit der Zweitstimme gewählt wurden, erhielt die NWP (17), deren durchschnittliche Zustimmung bei 32,9% lag. Die BP hatte die zweitmeisten Zweitstimmen erhalten (26,9%), erhielt jedoch auf Grund des Umrechnungsmodus wie die GDP (25,7%) 13 Sitze. Der Anteil der Zweitstimmen, die auf die GP entfielen, betrug 6,9%, das bedeutete vier Sitze für die kleine Partei, die damit die Minimalvoraussetzung für eine Fraktionsbildung (20 Sitze) erneut verfehlte. Von den Gewählten sind mit 132 Abgeordneten 44,0% aller Sitze im 20. Parlament mit Neuzugängen besetzt worden. Das ist ein etwas kleinerer Anteil im Vergleich zu den 49,3% im Jahr 2012, bedeutet aber keine große Schwankung im historischen Vergleich, nach dem bei bisher jeder Parlamentswahl rund die Hälfte der Abgeordneten ausgetauscht wurden.

Im Vergleich zu früheren Parlamentswahlen ist an erster Stelle festzuhalten: Die Regierungspartei hat die Mehrheit im Parlament verloren. Sie kann die Nationalversammlung nicht mehr dominieren und wird mit größeren Widerständen im legislativen Prozess rechnen müssen. Es herrscht die Konstellation der *yōsoyadae* (kleine Regierungspartei, große Opposition) oder *divided government* im US-

amerikanischen Kontext, weil neben der von der Präsidentin geführten Exekutive die Legislative (Parlament) nicht mehr von der Regierungspartei dominiert ist und somit größere Schwierigkeiten hat, das Regierungsprogramm in der Gesetzgebung umzusetzen. Es ist 16 Jahre her, dass es zuletzt eine solche Konstellation gab. Damals verlor die Regierungspartei Präsident Kim Dae Jungs gegen die konservative GNP (Große Nationalpartei), konnte das Defizit jedoch ausgleichen, indem sie mit der rechtskonservativen AFD (Allianz der Freien Demokraten) Kim Jong Pils „koalierte“.

Zweitens: Als erster Partei seit zwei Dekaden außer den beiden großen Hauptparteien ist es der BP gelungen, im Parlament die Hürde von 20 Sitzen zu überschreiten und mit ihren 38 Abgeordneten eine dritte Fraktion in der Nationalversammlung zu stellen. Bei den Parlamentswahlen 1996 war es die AFD unter Kim Jong Pil, die mit 50 Sitzen eine starke dritte Fraktion in der Nationalversammlung stellte und so gemeinsam das damalige Zweiparteien- bzw. Zweieinhalb- bzw. Dreiparteiensystem konstituierte.

Tabelle 1: Vergleich der Sitzverteilung nach den Parlamentswahlen 2012 und 2016 (Sitze)

Partei	2012			2016			Diskrepanz
	Wahlkreis	Liste	gesamt	Wahlkreis	Liste	gesamt	
GDP	106	21	127	110	13	123	-4
NWP	127	25	152	105	17	122	-30
BP	-	-	-	25	13	38	+38
FFP²	7	6	13	-	-	-	-13
GP³	7	6	13	2	4	6	-7
Parteilose	3	-	3	11	-	11	+8
	246	54	300	253	47	300	

Quelle: Nationale Wahlkommission (www.nec.go.kr); eigene Zusammenstellung

- 2 Die Freie Fortschrittspartei (FFP) ist ein halbes Jahr nach den Parlamentswahlen 2012 mit der NWP verschmolzen.
- 3 Die Abgeordneten der GP gehörten zum Zeitpunkt der Parlamentswahl 2012 noch der Vereinten Progressiven Partei (VPP) an, von der sie sich im September desselben Jahres trennten. Sie waren mit sieben Abgeordneten vertreten. Wenn man dies berücksichtigt, hat die GP lediglich einen Sitz weniger als zuvor. Die VPP wurde 2014 vom Verfassungsgericht verboten (s. o.).

Wähler wenden sich von Regierungspartei ab

Das schlechte Abschneiden der Regierungspartei und das gute Abschneiden der GDP war eine Überraschung für fast alle Beobachter insbesondere vor dem Hintergrund, dass die GDP weder im Wahlprogramm noch im täglichen Geschäft eine merklich bessere Politik gemacht hätte als vorher oder als die Regierungspartei. Im Nachhinein scheinen die Gründe jedoch klar zu sein: die katastrophale Führung der Regierungsgeschäfte durch Präsidentin Park Geun Hye und der innerparteiliche Kampf um den Führungsanspruch in der NWP. Präsidentin Park konnte in ihren ersten vier Amtsjahren nur wenige Erfolge verbuchen, vor allem in Hinblick auf ihre Wahlversprechen, auch wenn z. B. die Konjunkturentwicklung nicht allein in den Händen des Staatsoberhauptes liegt. Eine Basisrente für über 65-Jährige hingegen schon, um nur eins von vielen unerfüllten konkreten Wahlversprechen zu nennen. Insgesamt zeigt die Wirtschaft kaum Anzeichen der Wiederbelebung, die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander.

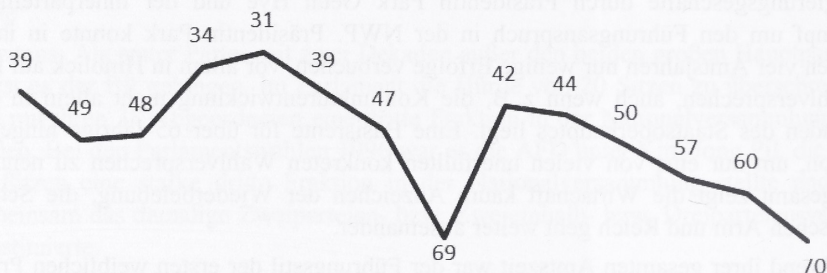
Während ihrer gesamten Amtszeit war der Führungsstil der ersten weiblichen Präsidentin durch autoritäre Eigenwilligkeit, schwache Öffentlichkeitsarbeit und problematische Personalentscheidungen gekennzeichnet. Ihr Umgang mit dem Ausbruch des MERS-Virus, der Katastrophe des Fährunglücks der Sewol 2014 und den Forderungen der Hinterbliebenen dieses Unglücks können als repräsentative Beispiele dienen, um die Schwächen Parks zu illustrieren.

Wirtschaftspolitik: Auf zahlreichen Staatsbesuchen praktiziert die Präsidentin geradezu eine Art Ausverkaufspolitik. Gegenüber ausländischen Investoren wirbt sie damit, hinderlich strenge Bestimmungen zu lockern. Offenbar gehört dazu, die Hürden für Entlassungen abzubauen. Mehrfache Anläufe, das Arbeitsgesetz entsprechend aufzuweichen, führten im Parlament zu endlosen lähmenden Auseinandersetzungen.

Bildungspolitisch stand die Schulbuchreform in der Kritik: Schulbücher für den Geschichtsunterricht von Regierungsseite herausgeben zu lassen, berge die Gefahr eines verzerrten Geschichtsbildes, zumal Präsidentin Park nicht die nötige Distanz zur Regierungsperiode ihres Vaters zu haben scheint und das rechtskonservative Lager insgesamt entsprechende Versionen von der Zeit des autoritären Regimes installieren möchte (vgl. Mosler 2014). Darüber hinaus bescheinigen die meisten demokratierelevanten Indizes der Park-Regierung ein Degenerieren der Demokratie in Korea (vgl. Mosler 2015). Der jüngste Bericht von Reportern ohne Grenzen (RSF) bestätigt diesen Trend mit historisch schlechten Noten – Platz 70 von 180 Ländern – für die Pressefreiheit in Südkorea (Reporter ohne Grenzen 2016).

Grafik 2: Entwicklung Südkoreas Pressefreiheit nach dem RSF-Index, 2002-2015 (Rang von 180 Ländern)

2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2012 2013 2014 2015 2016



Quelle: Reporter ohne Grenzen (<https://rsf.org>); eigene Darstellung

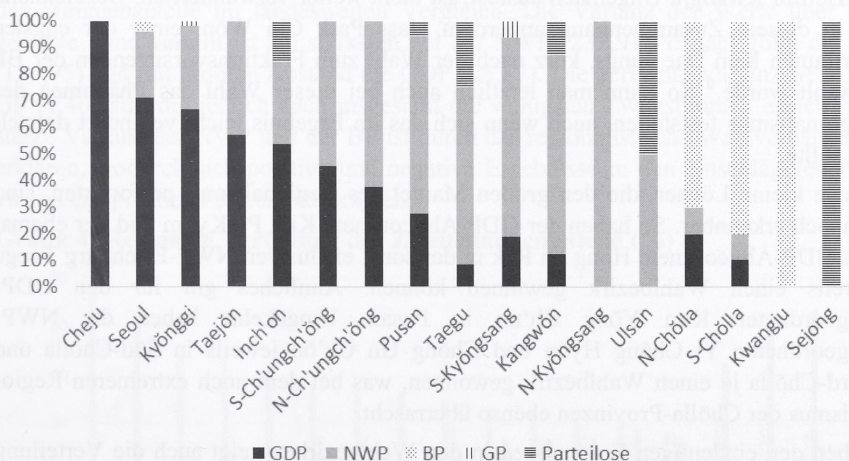
Auch außenpolitisch sind Park schwerwiegende Fehler vorgeworfen worden. Insbesondere die Beziehungen zu Nordkorea, die bereits durch den rechtskonservativen Vorgänger Lee Myung Bak (2008–2013) stark in Mitleidenschaft gezogen worden waren, verschlechterten sich dramatisch. Hauptgrund dafür ist neben der nicht zu leugnenden grundlegend aggressiven Haltung Nordkoreas die Position der Park-Regierung, unter dem Euphemismus der „Vertrauensbildung“ an Nordkorea Forderungen zu stellen, denen es bekanntlich nicht nachkommen kann.

Die Japanpolitik Parks ist vergleichbar katastrophal. In den ersten Jahren hat sie auf offizieller Ebene den Dialog vermieden und auf internationalen Treffen verschiedener Staatschefs sogar den Blickkontakt zu Premierminister Abe Shinzō gemieden. Erst als die USA aus strategischen Interessen diplomatischen Druck ausübten, ließ sich Park umstimmen. Kurze Zeit später schlug ihre Haltung ins Gegenteil um, als unerwartet die Frage der koreanischen Zwangsprostituierten für die japanische Armee im Asien-Pazifik-Krieg offiziell verhandelt wurde. Dabei jedoch hat sich die südkoreanische mit der japanischen Regierung auf die Beilegung der Streitfrage verständigt, ohne die Öffentlichkeit miteinzubeziehen, was für große Teile der südkoreanischen Bevölkerung nicht akzeptabel ist; ganz zu schweigen von den betroffenen Frauen.

Regionalismus immer noch ausschlaggebend

Dass die rechtskonservative Regierungspartei NWP außer in der Region Yöngnam⁴ die deutliche Mehrheit auch in den Wahlbezirken der Provinzen Kangwön und Ch'ungch'öng gewann (siehe Grafik 2), ist ein Muster, das sich erst seit den Wahlen 2012 eingestellt hat. Zuvor hatte die NWP nur die Yöngnam-Region in diesem Maße dominiert und lag mit anderen Parteien in Provinzen wie Kangwön, Ch'ungch'öng oder Seoul samt Einzugsgebiet der die Hauptstadt umgebenden Kyönggi-Provinz in etwa gleichauf. Bei dieser Wahl jedoch ist die Dominanz der GDP in den genannten Regionen eindeutig. In gleichem Maße tritt die Unterlegenheit der NWP in der Hauptstadtregion inklusive Inch'ön hervor. Es ist das schlechteste Ergebnis der rechtskonservativen Partei im Hauptstadteinzugsgebiet seit 28 Jahren; sie konnte nur 35 (28,7%) der insgesamt 122 Sitze gewinnen, während die GDP 82 Wahlbezirke für sich entschied. Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass die oppositionelle GDP den überragenden Großteil der Wahlbezirke in der Hauptstadtregion sowie die der Provinz Cheju gewinnen konnte.

Grafik 3: Anteil der gewonnenen Wahlbezirke (%)



Quelle: Nationale Wahlkommission (www.nec.go.kr); eigene Darstellung

4 Yöngnam bezeichnet die südöstlich gelegenen Provinzen Nord- und Süd-Kyöngsang sowie die darin gelegenen Großstädte Pusan, Taegu und Ulsan, in denen traditionell rechtskonservativ bzw. die entsprechenden KandidatInnen aus der Region gewählt werden.

Ein Novum beim Wahlverhalten in den Regionen ist die Tatsache, dass die BP fast komplett die Honam-Region⁵ dominierte. Ob dieses Ergebnis tatsächlich als Zeichen für die Aufweichung des Regionalismus Südkoreas zu werten ist, wie es teilweise in den Medien dargestellt wurde, muss bezweifelt werden. Zwar hat die BP in der Region Honam somit klar gegen die traditionelle Hausherrin, die GDP, gewonnen. Berücksichtigt man jedoch, dass ein großer Teil der KandidatInnen, die die BP hier aufgestellt hatte, ursprünglich der GDP entstammen, relativiert sich das Bild. Des Weiteren ist auch nicht zu bezweifeln, dass GDP-Führungspolitiker wie Moon Jae In und Kim Chong In durch ihr Verhalten und ihre Aussagen dazu beigetragen haben, dass sich die Wähler von der Partei abwendeten. Wie zuvor schon Präsident Roh Moo Hyun wurde auch Moon vorgeworfen, die Region Honam vernachlässigt zu haben, obgleich man beide bei der Präsidentschaftswahl unterstützt hatte. Diese Meinung wird vor allem stark von Politikern der Region verbreitet, die Roh und seinen Anhängern wahrscheinlich nachtragen, sich nach der Amtseinführung Rohs 2003 im Streit von der Partei Kim Dae Jungs abgespalten zu haben. Kim Chong In wird neben seiner Vergangenheit im rechtskonservativen Lager vor allem sein Mitwirken an der Chun-Regierung (s. o.) nachgetragen. Dass dies in Honam, aber speziell in Kwangju Ungemach auslöst, ist nicht weiter verwunderlich. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang außerdem, dass Park Chi Wön, einer der engsten Vertrauten Kim Dae Jungs, kurz nach der Wahl zum Fraktionsvorsitzenden der BP gewählt wurde.⁶ So kann man letztlich auch bei dieser Wahl das Phänomen des Regionalismus feststellen, auch wenn sich das im Ergebnis leicht verändert darstellen sollte.

Einige kleine Löcher, die den großen Mantel des Regionalismus perforierten, sind dennoch erkennbar. So haben der GDP-Abgeordnete Kim Pu Kyöm und der ehemalige GDP-Abgeordnete Hong Ūi Rak in der sonst exklusiven NWP-Hochburg Taegu jeweils einen Wahlbezirk gewinnen können. Ähnliches gilt für den GDP-Abgeordneten Kim Yöng Ch'un in Pusan. Umgekehrt haben die NWP-Abgeordneten Yi Chöng Hyön und Chöng Un Ch'ön jeweils in Süd-Chölla und Nord-Chölla je einen Wahlbezirk gewonnen, was bei dem noch extremeren Regionalismus der Chölla-Provinzen ebenso überrascht.

Neben den eindeutigen Ergebnissen in den Wahlbezirken zeigt auch die Verteilung der Zweitstimmenanteile die Stabilität des Regionalismus. Zunächst hat die NWP mit etwas über einem Drittel (33,5%) insgesamt den größten Anteil aller Zweitstimmen erhalten. Die BP (26,7%) und die GDP (25,54%) erhielten jeweils ca. ein Viertel der Stimmen. Die generelle Verteilung der Zweitstimmen über Provinzen

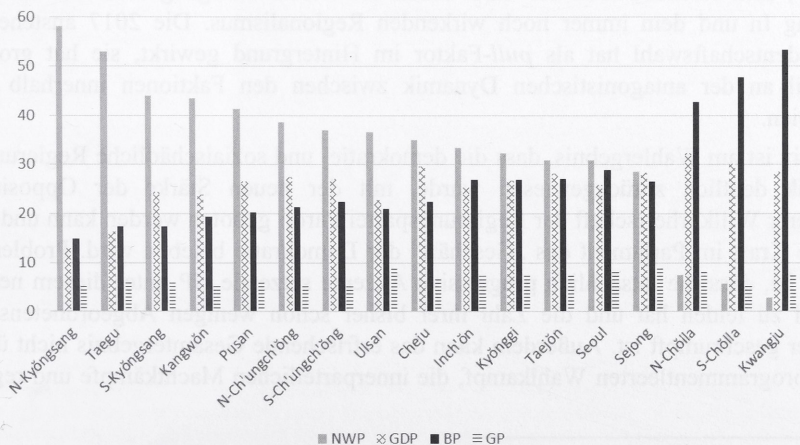
5 Homan bezeichnet die südwestlich gelegenen Provinzen Nord- und Süd-Chölla sowie die darin gelegene Stadt Kwangju, in denen traditionell liberal bzw. die entsprechenden KandidatInnen aus der Region gewählt werden. Vor 1946 gehörte auch Cheju zu Chölla.

6 Sowohl Kim Dae Jung als auch Park Chi Wön stammen aus Honam, während Roh und Moon aus Yöngnam stammen.

zeigt eine relative Polarisierung (siehe Grafik 3): in den Regionen, in denen die NWP traditionell stark vertreten ist, ist die BP vergleichsweise schwach und umgekehrt. Eine entsprechend signifikante Korrelation zu den Ergebnissen der GDP und der GP liegt nicht vor. So erhielt die NWP die höchste Zustimmung in ihren Hochburgen Nord- und Süd-Kyöngsang, Taegu, Pusan, Kangwön, Nord- und Süd-Ch'ungch'öng sowie Ulsan. Die BP erhielt die meisten Zweitstimmen in den ursprünglich von der GDP dominierten Hochburgen Kwangju und Nord- wie Süd-Chölla. Die Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der NWP und der BP ist in den NWP-Hochburgen höher als die Diskrepanz zwischen BP und NWP in den BP-Hochburgen. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die BP-Hochburgen ehemals GDP-Hochburgen waren und entsprechend einige Zweitstimmen bei der GDP geblieben sind. Keine großen Unterschiede zwischen den drei stärksten Parteien zeigen sich in den Provinzen und Städten Cheju, Inch'ön, Kyönggi, Taejön, Seoul und Sejong. Diese Verteilung korreliert mit den Ergebnissen bei den Wahlkreis-kandidatenwahlen. Die GDP gewann in diesen Regionen über 50% der Wahlbezirke – mit der Ausnahme von Sejong.

Das strategische Wahlverhalten des *vote splitting* zeigt sich auch in der Fluktuation der Stimmenanteile im landesweiten Vergleich. Die Varianz der Werte über das gesamte Land verteilt ist am stärksten bei der NWP (232,91), danach folgt die BP (119,95) und mit großem Abstand die GDP (23,37). Die geringste Varianz weist die GP (1,46) auf, die jedoch auch insgesamt die wenigsten Zweitstimmen erhielt. Die starke Varianz der NWP und der BP ist durch das regionalistische Wahlverhalten zu erklären, wodurch sich positive und negative Ergebnisse in den einschlägigen Provinzen entsprechend extrem ausprägten.

Grafik 4: Regionale Verteilung der Zweitstimmenanteile (%)



Mehr Frauen in der Politik

Schließlich verzeichnet das 20. Parlament den größten Anteil (17%) an Abgeordneten. Insgesamt 51 der 300 Sitze im Parlament sind von Frauen in Anspruch genommen worden. Im internationalen Vergleich stellt dieser 17-prozentige Anteil ein relativ schlechtes Zeugnis dar, der Anteil reicht noch nicht einmal aus, um unter die anteilsreichsten 100 Länder zu kommen (vgl. Inter-Parliamentary Union 2016). Auf den koreanischen Kontext beschränkt betrachtet jedoch bestätigt dieses Ergebnis den hiesigen Trend eines langsamen, aber stetigen Zuwachses von Abgeordneten. Während der minimale Anteil der Sitze für Frauen durch die Zweitstimme von Beginn an mit 50% feststand und auf Grund der Reduktion der Listenplätze von 54 auf 47 Sitze mit 25 Sitzen unter dem Ergebnis der vergangenen Wahlen lag, konnten in Wahlkreisen mehr Frauen denn je den Wettbewerb gewinnen. Insgesamt waren mit 89 Frauen 10,5% der KandidatInnen, die in Wahlkreisen antraten, weiblich; davon konnten 26 Frauen die Wahl für sich entscheiden. Im Vergleich zu den Wahlen 2004 (10), 2008 (14) und 2012 (19) ist dies eine deutliche Steigerung. Die meisten der Abgeordneten des 20. Parlaments gehören der GDP (17) an, gefolgt von Frauen der NWP (6), der BP (2) und der GP (1).

Fazit

Auf den Punkt gebracht ist das Besondere dieser Wahl, dass die Regierungspartei wider Erwarten die (absolute) Mehrheit verlor, die oppositionelle GDP stärkste Kraft im Parlament wurde und die neu gegründete BP aus dem Stand eine dritte Fraktion stellen konnte. Begründet liegt dieses überraschende Resultat in *push*-Faktoren wie der katastrophalen Regierungsführung durch die Präsidentin⁷ und ihrer NWP, dem Rechtsruck in der GDP durch den neuen Übergangsvorsitzenden Kim Chong In und dem immer noch wirkenden Regionalismus. Die 2017 anstehende Präsidentschaftswahl hat als *pull*-Faktor im Hintergrund gewirkt, sie hat großen Anteil an der antagonistischen Dynamik zwischen den Fraktionen innerhalb der Parteien.

Positiv ist am Wahlergebnis, dass die demokratie- und sozialschädliche Regierungspolitik deutlich zurückgewiesen wurde, mit der neuen Stärke der Opposition weiterer Willkürherrschaft der Regierungspartei Paroli geboten werden kann und die dritte Kraft im Parlament das „Geschäft“ der Demokratie beleben wird. Problematisch ist, dass die tatsächlich progressive Akzente setzende GP unter diesem neuen Wind zu leiden hat und die Zahl ihrer bisher schon wenigen Abgeordnetensitze weiter geschrumpft ist. Außerdem kann das erfrischende Gesamtergebnis nicht über den programmleeren Wahlkampf, die innerparteilichen Machtkämpfe und regio-

7 Dies spiegelt sich auch in den Umfragewerten für die Unterstützung von Präsidentin Park Geun Hye und ihrer Regierungsführung wider: Sie sind auf einem Rekordtief angekommen (Kim 2016).

nalistische ScheuklappenwählerInnen hinwegtäuschen. Schließlich ist zu erwarten, dass die nejustierte Parteienkonstellation schnell in den Strudel der nächstes Jahr bevorstehenden Präsidentenwahl geraten wird.

Literatur

- Inter-Parliamentary Union (2016): „Women in National Parliaments“, <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm> (Aufruf: 20.4.2016)
- Kim, Chin-u; Hö, Nam-söl (2016): „Posu ch’ungsöng-do yakhwa...2030 chökkük-chök t’up’yo...t’üggöwöjin chungdoch’üng [Abnahme der konservativen Treue...engagiertes Wählen der 2030er...breiter gewordene Mitte]“, *Kyunghyang Sinmun*, 15. April 2016, http://news.khan.co.kr/kh_news/khan_art_view.html?artid=201604152147015 (Aufruf: 20.4.2016)
- Kim, Üi-kyöm und Han-sol Ko (2016): „2030-üi ,sön’gö pallan’ [Der ‚Wahlaufstand‘ der 2030er]“, *Hankyoreh Sinmun*, 14. April 2016, http://www.hani.co.kr/arti/politics/politics_general/739769.html (Aufruf: 20.4.2016)
- Kim, Wön-ch’öl (2016): „Pak taet’ongyöng chijiyul ch’wiim-dwi ch’oejö 29% [Umfragewerte für Präsident Park auf niedrigstem Niveau seit Amtseinführung]“, *Hankyoreh Sinmun*, 22. April 2016, <http://www.hani.co.kr/arti/politics/740871.html> (Aufruf: 23.4.2016)
- Mosler, Hannes B. (2014): „Krieg um die Geschichte: Die Schulbuch-Kontroverse in Südkorea“, in: *ASIEN – The German Journal on Contemporary Asia* 131 (April 2014), 57–67
- (2015): „The Deterioration of South Korean Democracy“, in: Brendan Howe (Hg.) *Democratic Governance in Northeast Asia – A Human-Centred Approach to Evaluating Democracy*. UK: Palgrave Macmillan, 25–50
- (2016): „Das Verbot der Vereinten Progressiven Partei in der Republik Korea“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (ZParl), 47. Jg., H. 1, 176–194
- Reporter ohne Grenzen (2016): „2016 World Press Freedom Index“, <https://rsf.org/en/south-korea> (Aufruf: 24.04.2016)